

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 8 – Gesetz zur Errichtung einer Vereinigung der Pflegekräfte in SH

Dazu sagt die pflegepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 019.20 / 23.01.2020

Situation der Pflegenden stärker in den Blick nehmen

Liebe Kolleg*innen,

der vorliegende Gesetzentwurf spricht von einer Pflegekräftevereinigung und kommt vordergründig ganz harmlos daher. Im Grunde genommen geht es aber auch um die Pflegekammer. Diese ist nach einem umfangreichen parlamentarischen Verfahren hier demokratisch beschlossen worden.

Die Pflegekammer ist kein Allheilmittel. Sie kann uns allerdings wichtige Informationen liefern. Der erste Bericht der Pflegekammer Schleswig-Holstein gibt uns erstmals einen Überblick über die demografische Situation bei den Pflegekräften selbst. Die sind ein klarer Handlungsauftrag an uns alle.

Wir nehmen die Kritik an der Pflegekammer sehr ernst. Auf meinen Wunsch hin ist in der letzten Legislaturperiode überprüft worden, ob eine Übernahme der Mitgliedsbeiträge durch das Land möglich ist. Das ist leider nicht der Fall.

Eins ist im Zusammenhang mit der Pflegekammer aber auch kein Geheimnis: Die Kommunikation muss besser werden.

Was den vorliegenden Gesetzentwurf angeht, frage ich mich: Meinen Sie wirklich, dass ein freiwilliger Pflegekräfteverein wie in Bayern hilfreich ist? Dort sind noch nicht mal 1000 Pflegekräfte Mitglied geworden und das bei etwa 200.000 Pflegekräften, die es in Bayern gibt. Das ist doch überhaupt nicht repräsentativ!

Einen Aspekt möchte ich aus aktuellem Anlass hervorheben. Inzwischen wenden sich viele Angehörige an die Pflegekammer in Schleswig-Holstein. Das ist eine neue Entwicklung und das zeigt einmal mehr, dass wir die Situation der pflegenden Angehörigen mehr in den Blick nehmen müssen.
